

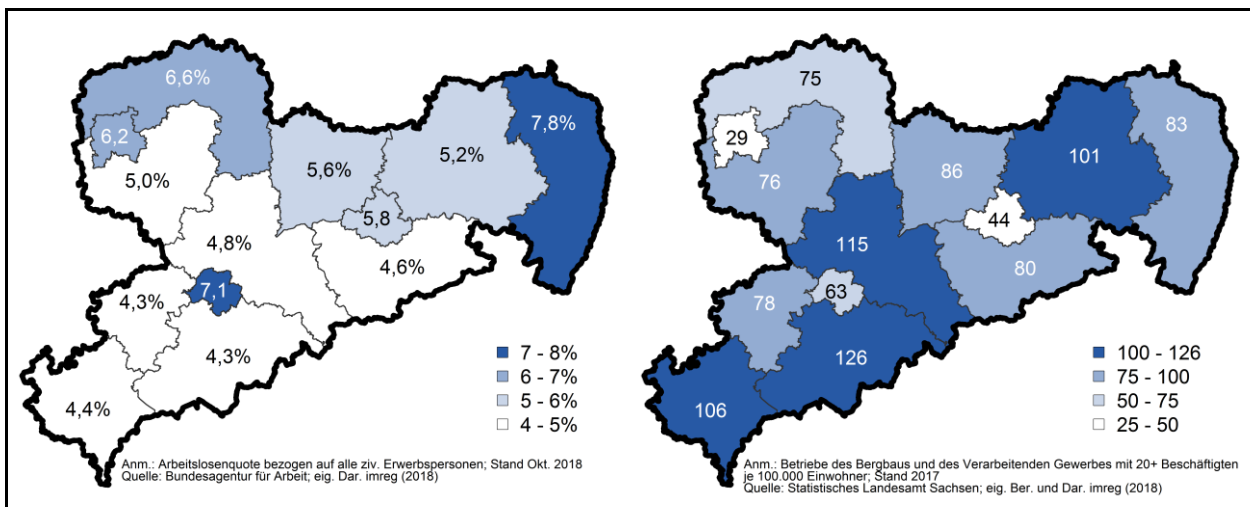
Regionalwirtschaftlicher Standpunkt, November 2018

Kontakt: Lars Kroemer
Tel. 0351 25593-600 . Fax 0351 25593-605 . info@imreg.de

Erfolgreiche Reindustrialisierung ermöglicht positiven Arbeitsmarkt - Landkreise tragen Wachstum des Produzierenden Gewerbes

Wirtschaft und Arbeitsmarkt haben sich in den letzten Jahren in Sachsen positiv entwickelt. Inzwischen liegt die Arbeitslosenquote mit 5,4% auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.¹ Fundament dieser erfolgreichen Entwicklung war die Reindustrialisierung Sachsens seit Mitte der 1990er Jahre. Nachdem die Industriequote² im Zuge der Wiedervereinigung bis 1993 auf 12% abstürzte, liegt diese derzeit wieder bei knapp über 20%. Die positive Entwicklung der sächsischen Industrie setzt sich bis zum aktuellen Rand fort: Seit Anfang 2007 stieg die Anzahl der Industriebeschäftigten – trotz Wirtschafts- und Finanzkrise – um 63.000 auf jetzt fast 290.000 Mitarbeiter³.

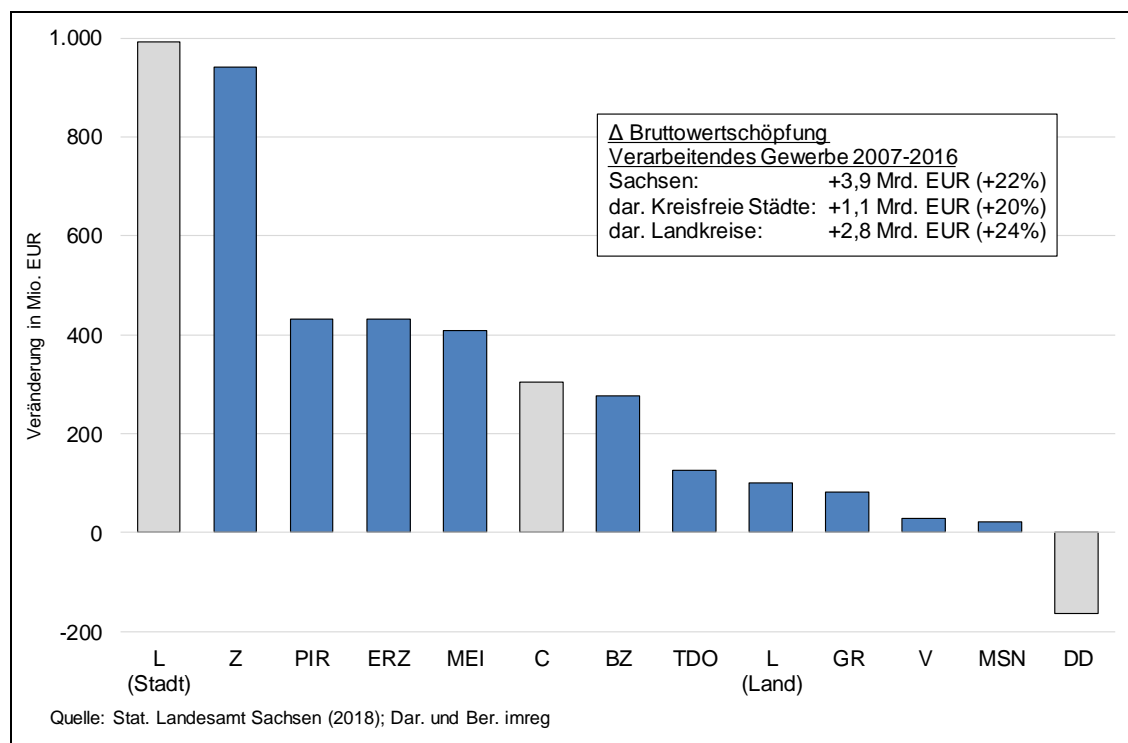
Aktuelle Arbeitslosenquote (links) und Industriebetriebsdichte (rechts) in Sachsen



Dabei sind vor allem die Landkreise die Heimat von Produzierendem Gewerbe und industriellem Mittelstand. 2017 waren 77% der Industriebeschäftigten und 82% der Industriebetriebe in Sachsen in den Landkreisen ansässig. Mit 80 Beschäftigten je 1.000 Einwohner ist die Industriedichte der Landkreise im Durchschnitt 1,7 Mal so hoch wie in den drei kreisfreien Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung liegt folglich mit 24% um 9%-Punkte über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte. Vor allem die südwestsächsischen Kreise zeichnen sich durch einen überdurchschnittlichen Industriebesatz aus⁴. Folgerichtig sind der Vogtland- und der Erzgebirgskreis sowie in die Landkreise Zwickau und Mittelsachsen mit einer Arbeitslosenquote von bereits unter 5% auf dem Weg zur Vollbeschäftigung.⁵

Auch die Entwicklung der Industrie war in den Landkreisen überdurchschnittlich gut: Insgesamt wurden von 2007 bis 2017 81% aller neuen Industriearbeitsplätze in den Landkreisen geschaffen. Während in den kreisfreien Städten in dem Zeitraum die Anzahl der Industriebetriebe um 15 sank, stieg diese in den Landkreisen um mehr als 200 neue Firmen an⁶. Dementsprechend trugen die Landkreise auch drei Viertel des Wachstums der industriellen Wertschöpfung in Sachsen seit 2007, was umso beachtlicher ist, da in dem Zeitraum die Erweiterung der Leipziger Autowerke von BMW und Porsche fiel, die einen wesentlichen Anteil zum industriellen Wachstum in den Städten beitrug⁷.

Veränderung der Bruttowertschöpfung in Mio. EUR im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe nach Kreisen von 2007 bis 2016

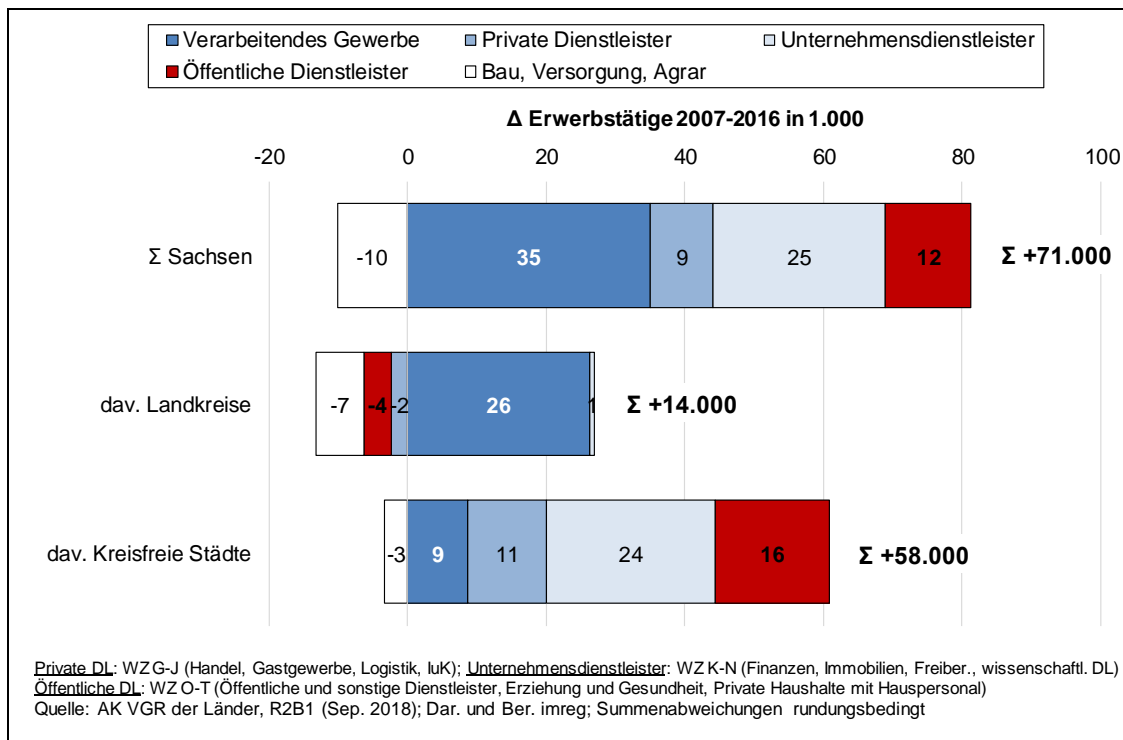


Konzentration von öffentlichen Dienstleistungen und Forschungsförderung in Städten begünstigt lokale Wachstumsunterschiede

Ungeachtet dieser positiven Zahlen blieb die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den sächsischen Landkreisen in den letzten zehn Jahren aber hinter derjenigen in den Großstädten zurück. Während das Wertschöpfungswachstum der Landkreise mit +25% nur leicht unter dem sächsischen Durchschnitt von 27% lag, war vor allem die Erwerbstätigenentwicklung schwächer als in den Städten (Landkreise: +1% gegenüber +8% in den kreisfreien Städten)⁸.

Besonders gravierend sind allerdings die Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung. Angetrieben von Leipzig und Dresden gewannen die kreisfreien Städte seit 2007 insgesamt 8% an Einwohnern hinzu, während sich die Einwohnerzahl der Landkreise im gleichen Zeitraum um 8% verringerte⁹. Besonders betroffen waren der Landkreis Görlitz sowie der Erzgebirgskreis. Sowohl die im Saldo wieder positiven Zuzüge aus dem Bundesgebiet als auch die Binnenwanderung konzentrieren sich – bis auf wenige Ausnahmen – auf Leipzig und Dresden bzw. deren unmittelbares Umfeld¹⁰. Die Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung sagen aufgrund der Altersstrukturunterschiede zudem eine Intensivierung dieses Trends in den nächsten Jahren voraus¹¹.

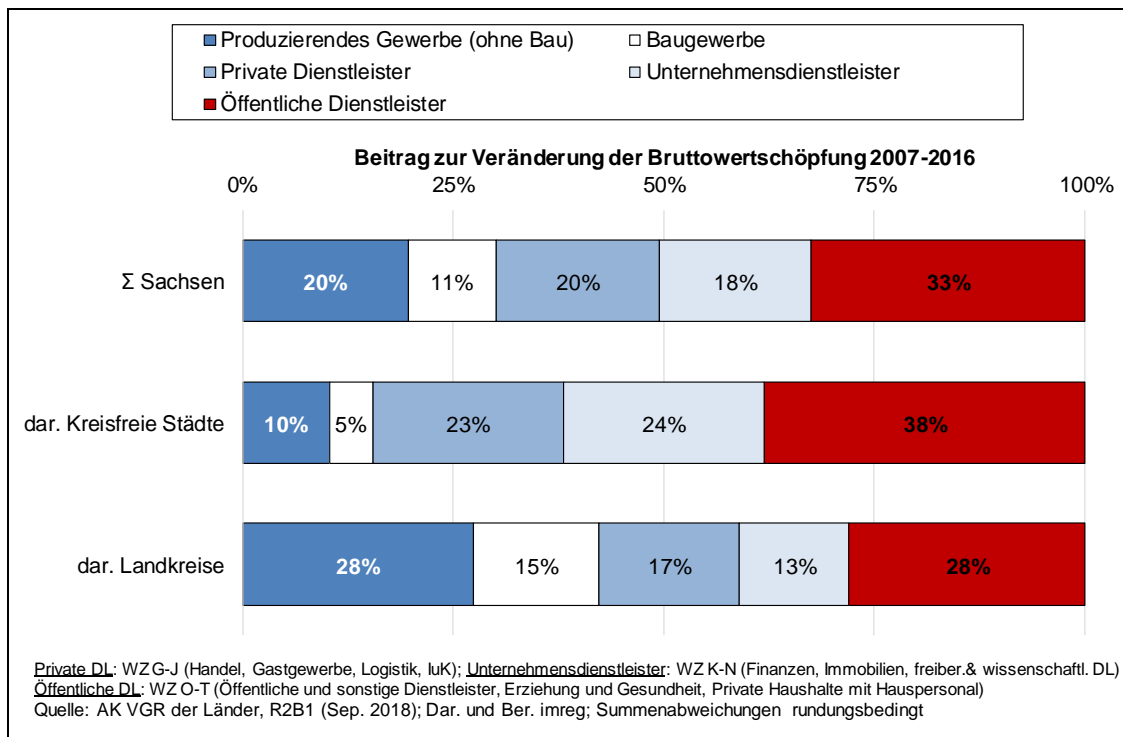
Beiträge der Wirtschaftssektoren zur Erwerbstätigenentwicklung 2007-2016 in Sachsen



Allerdings waren die wirtschaftlichen Wachstumsträger regional höchst unterschiedlich. Während in den Landkreisen – wie oben gezeigt – das Verarbeitende Gewerbe der Träger des Beschäftigungsaufbaus ist und den teilweisen Rückgang in anderen Branchen ausgleicht, ist die Entwicklung in den Städten geprägt durch den Zuwachs im Dienstleistungsbereich und hier vor allem auch in den öffentlichen Sektoren. Sachsenweit nahm die Erwerbstätigenzahl zwischen 2007 und 2016 im Bereich der öffentlichen und sonstigen Dienstleistungen (öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen, Kultur) um 2% bzw. 12.400 Personen zu. Einem Zuwachs um 16.400 Personen (+6%) in den kreisfreien Städten stand allerdings eine Abnahme um 4.000 Personen (-1%) in den Landkreisen gegenüber.¹²

Wertschöpfungsseitig – hier spiegeln sich zusätzlich zum Beschäftigtenaufbau vor allem auch die nominalen Lohnzuwächse im öffentlichen Dienst wider – war das Missverhältnis noch deutlicher. In den Landkreisen wurde das Wachstum seit 2007 zu 43% vom Produzierenden Gewerbe getragen, in den kreisfreien Städten dagegen nur zu 15%. Dagegen lieferten mit einem Anteil von 38% wiederum die öffentlichen und sonstigen Dienstleister den höchsten Beitrag zum Wachstum in den Städten. Dies gilt besonders für die Stadt Dresden, wo der Zuwachs bei der Wertschöpfung zur Hälfte von den öffentlichen und sonstigen Dienstleistungen getragen wurde, während die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im gleichen Zeitraum rückläufig war.

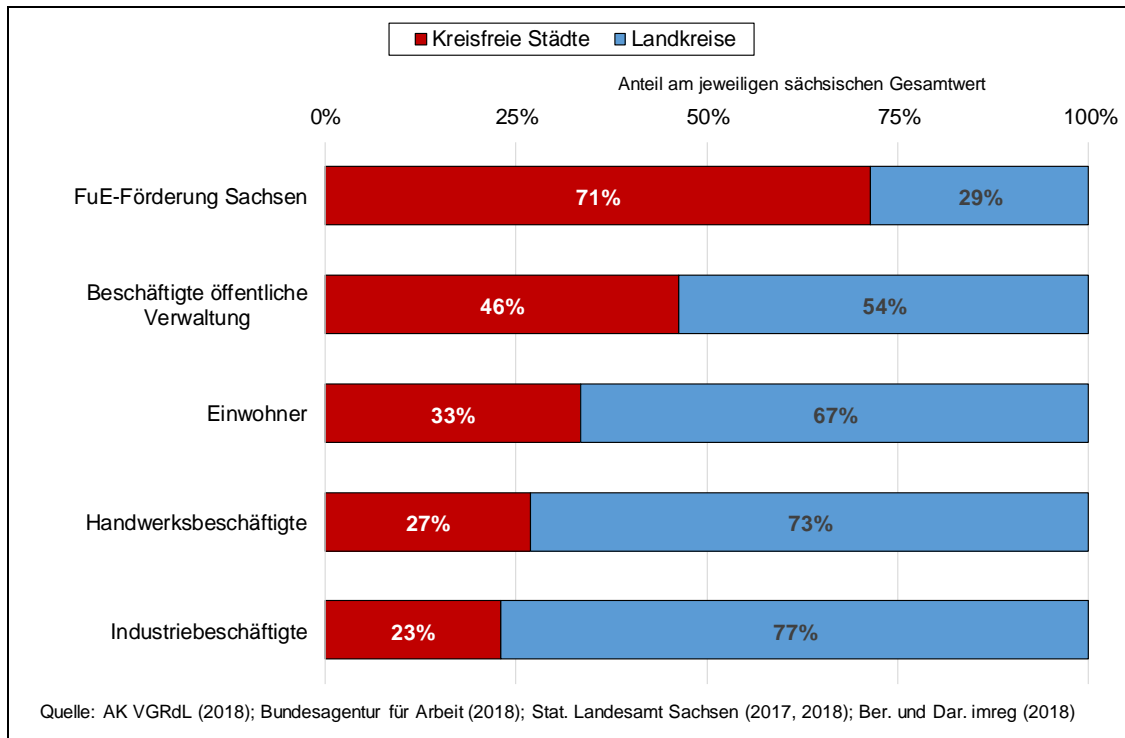
Wachstumsbeiträge der Wirtschaftssektoren zur Bruttowertschöpfung 2007-2016 in Sachsen



Auch aktuell konzentriert sich trotz eines bereits überdurchschnittlichen Besatzes das öffentliche Verwaltungspersonal immer stärker auf die Großstädte. So ist die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung¹³ seit 2013 in den kreisfreien Städten um 3.000 bzw. 7% gestiegen. Allein in der Stadt Dresden wurden 2.000 neue SV-pflichtige Stellen in der öffentlichen Verwaltung geschaffen (+10%). Hier kommen inzwischen 43 SV-Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung auf 1.000 Einwohner, was das 1,8-fache des sächsischen Durchschnitts ist. Jeder vierte Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung sitzt inzwischen in der Landeshauptstadt, bei einem Bevölkerungsanteil von nur 13%. Demgegenüber ging die Beschäftigtenzahl der öffentlichen Verwaltung in den Landkreisen um 2.400 Beschäftigte bzw. 5% zurück. Dabei verzeichneten mit Ausnahme des Kreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sämtliche Landkreise

einen Personalarückgang in der öffentlichen Verwaltung seit 2013.¹⁴ Auch da die Stellen in der öffentlichen Verwaltung Sachsens zu 70% von Frauen besetzt sind, hat diese Konzentration entsprechenden Einfluss auf die lokale Bevölkerungsstruktur und -entwicklung.

Anteil an ausgewählten Indikatoren kreisfreie Städte und Landkreise in Sachsen



Ein weiterer Wachstumsträger in den kreisfreien Städten sind wissenschaftliche Dienstleistungen insbesondere auch von Forschungseinrichtungen, die je nach Organisation den Unternehmens- oder öffentlichen Dienstleistungen zugerechnet werden. Hier besteht eine hohe Abhängigkeit von öffentlichen Fördermitteln, wobei sich in der seit 2014 laufenden europäischen Förderperiode die sächsische Forschungs- und Technologieförderung mit 71% weiterhin hochgradig auf die drei kreisfreien Städte konzentriert.

Anstatt die EFRE-Mittel schwerpunktmäßig zur Unterstützung der Innovationskraft im Mittelstand zu investieren – wie es sowohl des Operationelle Programm von 2014 als auch die dem zugrundeliegende Innovationsstrategie von 2013 vorsehen –, sind die größten Empfänger der sächsischen Forschungs- und Technologieförderung seit 2014 die Fraunhofer-Gesellschaft (141 Mio. EUR) und die TU Dresden (122 Mio. EUR). Danach folgt – fast abgeschlagen – die TU Bergakademie Freiberg (64 Mio. EUR). Zusammen vereinen allein diese drei Einrichtungen 47% aller bisherigen förderfähigen Kosten in FuE-relevanten Förderprogrammen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)¹⁵.

Obwohl ein schlüssiges Konzept zur Verbesserung des Technologietransfers fehlt, wurden die Mittel für die öffentliche Forschungsinfrastruktur mit einem Änderungsantrag Mitte 2018 noch einmal um 97 Mio. EUR zulasten der Mittelstandsförderung aufgestockt. Ohne eine Anpassung der Vergabebedingungen wird dies eine weitere Konzentration der Fördermittel nach sich ziehen, was letztlich die Disparitäten in der Forschungs- und Technologieförderung zusätzlich zu vergrößern droht.

Leuchtturm-Empfehlungen verkennen regionalökonomische Zusammenhänge und gefährden gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die regionale Entwicklung innerhalb Sachsens war damit differenziert und teilweise von politischen Maßnahmen und Schwerpunktsetzungen im Freistaat in den letzten Jahren beeinflusst. Dennoch wird im wirtschaftspolitischen Diskurs für Sachsen bzw. Ostdeutschland fast einhellig ein pessimistisches Bild hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit des sogenannten ländlichen Raums gemalt. Beispielsweise spricht der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Marcel Fratzscher, dass vor allem ostdeutsche Regionen gekennzeichnet seien *durch eine verfallende Infrastruktur, eine schlechte Nahversorgung, durch marode Schulen und wenige gute Jobs mit Perspektiven*. Während manche Städte *nahezu Leuchttürme* seien, hätten *Menschen in verschiedenen ländlichen Regionen im Osten keine guten Zukunftsperspektiven*.¹⁶

Dabei werden die bestehenden Trends oftmals fälschlicherweise als rein endogenes Ergebnis unterschiedlicher regionaler Attraktivität und Wachstumsprozesse bewertet, denen die Politik nicht nur nicht entgegenstehen dürfte, sondern die es geradezu – im Sinne einer reaktivierten Leuchtturmpolitik – zu befördern gilt. So fordert Professor Ragnitz vom Dresdner ifo-Instituts im FAZ-Interview („Manche Dörfer sollten wir besser schließen“), dass die Politik Umzugsprämien für Bewohner von kleinen Ortschaften unter 10.000 Einwohnern zahlen sollte. Mit Blick auf demografische Trends sollte man hier vor Ort über jeden Arbeitsplatz froh sein, *der nicht entsteht* (sic!).¹⁷ Auch Professor Holtemöller vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) empfiehlt – in quasi in neo-staatsplanerischer Manier – die Politik müsse *sowohl Wirtschaft als auch Wissenschaft vor allem in den größeren Städten gebündelt fördern, wenn der ostdeutsche Aufholprozess weitergehen soll*.¹⁸

Lokale Wachstumsunterschiede sind – wie oben dargestellt – zweifelsfrei gegeben. Allerdings sind die undifferenzierten Zuspitzungen über den vermeintlichen wirtschaftlichen Zustand großer Teile Ostdeutschlands von namenhaften, überwiegend aus Steuergeldern finanzierten Wirtschaftsinstituten bedenklich, zumal die bereits bestehende Praxis und deren Einfluss auf die variierenden regionalen Wachstumsraten schlicht ignoriert zu werden scheinen. Zumindest wird offensichtlich vernachlässigt, dass die Primäreinkommen generierenden Wirtschaftszweige – die neben wissensintensiven und touristischen Dienstleistungen vornehmlichen im Produzierenden Gewerbe zu finden sind – überdurchschnittlich in den Landkreisen ansässig sind, während sich die öffentlich finanzier-

ten und auf die lokale Nachfrage fokussierten Dienstleistungsbereiche in den Städten konzentrieren. Deren grundlegenden Unterschied im Beitrag für eine Volkswirtschaft hat Adam Smith in seinem Standardwerk „Der Wohlstand der Nationen“ allerdings bereits 1776 verdeutlicht:

Es gibt eine Art von Arbeit, die dem Wert des Gegenstandes, auf den sie gewandt wird, etwas zusetzt, und es gibt eine andere, die diese Wirkung nicht hat. (...). Durch Beschäftigung einer Menge von Fabrikarbeitern wird man reich; durch das Halten einer Menge Dienstboten wird man arm.¹⁹

Während produktive Arbeit zum gesellschaftlichen Überschuss beiträgt, ist die nichtproduktive Arbeit von eben dem erzeugten Überschuss der produktiven Bereiche abhängig²⁰. Das heißt nicht, dass bestimmte Tätigkeiten einen geringeren gesellschaftlichen Wert als andere haben. Es gilt allerdings der Grundsatz, dass die auf die lokale Nachfrage ausgerichteten Dienstleistungen nur insofern prosperieren können, wie die originär wertschöpfenden Wirtschaftszweige in der Lage sind, diese über Steuern, Abgaben oder die lokale Verausgabung der erzielten Einkommen zu unterhalten (das gilt im Übrigen auch für öffentlich finanzierte Institute). Die regionale Wirtschaftspolitik muss daher vor allem dafür sorgen, dass dort leistungs- und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen bestehen, wo produktive Arbeit zu Wertschöpfung und *gesellschaftlichem Überschuss* beiträgt.

Flächendeckend leistungsfähige infrastrukturelle Rahmenbedingungen entscheidend für künftigen Wachstumsprozess

Zusammenfassend wären die Wachstumsvoraussetzungen für Sachsen insgesamt beeinträchtigt, wenn die in ländlichen Gebieten drohende Abwärtsspirale aus sinkender infrastruktureller Attraktivität, negativer Bevölkerungsentwicklung sowie wirtschaftsstrukturellen Problemen verstärkt wird. Weiter steigende Disparitäten würden die Standortbedingungen für die überwiegend in den Landkreisen ansässigen, wertschöpfenden Wirtschaftsbereiche zusätzlich verschlechtern, was das gesamtwirtschaftliche Wachstum und damit die Angleichung Sachsens bei Wirtschaftskraft und Einkommen zu beeinträchtigen droht. Die oben genannten Empfehlungen der Institute für eine intensivierte Konzentration der Wirtschaftsförderung auf die Großstädte laufen aber genau hierauf hinaus.

Dabei dauert die Besetzung freier Stellen in den Landkreisen bereits deutlich länger als in den kreisfreien Städten, wovon der überdurchschnittlich industrialisierte südwestsächsische Raum besonders betroffen ist (bspw. betrug die durchschnittliche Vakanzzeit 2017 im Erzgebirgskreis 126 Tage gegenüber 91 Tagen im sächsischen Durchschnitt und weniger als 85 in den kreisfreien Städten)²¹. Auch wurden seit 2010 im Saldo über 8.000 Firmen in den Landkreisen geschlossen, was einem Rückgang des Firmenbestandes um 7% entsprach²². Vor allem Einzelhandels-, Gastgewerbe- und Handwerksunternehmen gaben ihr Geschäft auf, was wiederum die lokale Attraktivität schmälert und einen weiteren Abwanderungsdruck nach sich ziehen kann.

Zwar ist es aus regionalökonomischer Sicht natürlich, dass sich gewisse Dienstleistungen und vor allem staatliche Verwaltungsfunktionen an zentralen Orten konzentrieren²³. Allerdings muss die Landespolitik andererseits versuchen, die Rahmenbedingungen im ländlichen Raum zu verbessern, indem flächendeckend die infrastrukturellen Voraussetzungen bei Bildung, Verkehr, Digitales und Soziales gesichert und optimiert werden. Das heißt beispielsweise, eine wohnortnahe Versorgung bei Kindergärten und Schulen auch im ländlichen Raum zu gewährleisten sowie Berufsschulstandorte auch im ländlichen Raum zu sichern. Zudem sind die Berufsakademien und Fachhochschulen aber auch die Oberschulen attraktiv zu halten, indem diese inhaltlich und infrastrukturell gestärkt werden.

Zudem müssen die Fördermittel für die öffentliche Forschungsinfrastruktur konsequent an die Zusammenarbeit und konkrete Kooperationen mit dem Mittelstand gebunden werden. Statt diese weiter auf einzelne Institutionen zu konzentrieren, müssen niedrigschwellige Instrumente die mittelständischen Firmen beim Aufbau von FuE-Kapazitäten unterstützen. Außerdem muss der Freistaat weiter die Ziele verfolgen, dass sämtliche Regionen Sachsens innerhalb von 30 Minuten einen Autobahnanschluss erreichen können, der ÖPNV zwischen den Städten und dem Umland leistungsfähig ist und bestehende Elektrifizierungslücken im Schienenverkehr vor allem in Südwestsachsen schnellstmöglich beseitigt werden.

Dabei sind die Strukturen in der öffentlichen Verwaltung dringend auf Effektivität zu überprüfen. Es darf nicht sein, dass trotz eines im Bundesländervergleich weit überdurchschnittlichen Besatzes an Personal im öffentlichen Dienst im Freistaat Lehrer und Polizisten gerade im ländlichen Raum fehlen²⁴. Wenn aus Effizienzgründen die Verwaltung an zentralen Stellen zusammengefasst wird, so ist es doch zwingend erforderlich, mit Hilfe digitaler Verfahren und sonstiger Hilfsmittel die räumlichen Distanzen für die Bürger und Unternehmen zu verringern.

Diese Hausaufgaben mögen weniger visionär und vermarktungsfähig als neue Leuchttürme erscheinen. Sie würden aber ein tragfähiges Fundament für eine auch weiterhin erfolgreiche Entwicklung des Freistaates legen. Genau mit solchen Praxisthemen sollten sich die hauptsächlich aus öffentlichen Mitteln finanzierten Wirtschaftsinstitute daher auch beschäftigen, wenn sie einen Mehrwert für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen und ganz Ostdeutschland leisten wollen.

Dresden, November 2018

-
- ¹ Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm seit 2007 um 12,5% zu. Infolgedessen wurden 236.000 neue SV-pflichtige Arbeitsplätze im Freistaat geschaffen. Die Erwerbstätigenzahlen liegen mit 2,05 Mio. auf dem höchsten Stand seit 1991, während die Arbeitslosigkeit in dem Zeitraum mehr als halbiert wurde.
 - ² Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung. Quelle: AK VGR der Länder (Juni 2018).
 - ³ Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen, Quelle: Eig. Ber. auf Basis der Jahres- und Monaterhebungen für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe, Statistisches Landesamt Sachsen (verschiedene Jahre).
 - ⁴ So liegt im ehemaligen Landesdirektionsbezirk Chemnitz (inkl. der Stadt Chemnitz) der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung mit 25 % um 5 %-Punkte über dem sächsischen Durchschnitt. Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auf Kreisebene 2007-2016, Stat. Landesamtes Sachsen (2018).
 - ⁵ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Oktober 2018.
 - ⁶ Eig. Ber. auf Basis der Jahresehebungen für Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen, Statistisches Landesamt Sachsen (verschiedene Jahre).
 - ⁷ Eig. Ber. auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf Kreisebene 2007-2016 des Stat. Landesamtes Sachsen (2018).
 - ⁸ Eig. Ber. auf Basis Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a. M. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1992 und 1994 bis 2016, Reihe 2, Kreisergebnisse Band 1, September 2018.
 - ⁹ Eig. Ber. auf Basis der Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung des Stat. Landesamtes Sachsen (2018).
 - ¹⁰ Siehe: Statistisches Landesamt Sachsen (2017): 2. Sächsische Wanderungsanalyse, S. 87 ff.
 - ¹¹ Siehe: Statistisches Landesamt Sachsen (2017): 6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen bis 2030.
 - ¹² AK VGR der Länder (Juni 2018).
 - ¹³ WZ O und U: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Ext. Organisationen
 - ¹⁴ Eig. Ber. auf Basis der Länder- und Kreisreporte über Beschäftigte (Quartalszahlen), Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, September 2018.
 - ¹⁵ Eig. Ber. auf Basis Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA): Liste der geförderten EFRE-Vorhaben 2014-2020 im Freistaat Sachsen, Erstelldatum: 13.07.2018. FuE-relevante Richtlinien: Anwendungsorientierte Forschung an innovativen Energietechniken, Einzelbetriebliche Projektförderung, Forschungsinfrastruktur an Hochschulen, Forschungsinfrastruktur an Hochschulen – Sonderfälle, KETs-Pilotlinien - EFRE 2014-2020, RL Forschung InfraPro, Technologietransferförderung, Verbundprojektförderung.

-
- ¹⁶ Vgl. Leipziger Volkszeitung (LVZ) vom 19.09.2018, „Rechtsruck verursacht enorme wirtschaftliche Schäden“
- ¹⁷ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 26.09.2018, „Manche Dörfer sollten wir besser schließen“.
- ¹⁸ Vgl. Leipziger Volkszeitung (LVZ) vom 31.03.2018, „Der Osten fällt beim Wachstum zurück“
- ¹⁹ Adam Smith (1776/2004): Reichtum der Nationen, 2. Buch, 3. Kapitel, S. 338.
- ²⁰ Ebd.
- ²¹ Siehe Arbeitslosen- und Arbeitsstellenstatistik nach Kreisen der Bundesagentur für Arbeit (2018).
- ²² Eig. Ber. auf Basis Stat. Landesamt Sachsen (2018): Unternehmensregister-System 95 (URS 95): Unternehmen/Betriebe, WZ2008: 2-Steller, Auswertungszeitpunkt - Kreise (Gebietsstand ab 01.08.08) - Jahr (ab 2008)
- ²³ Vgl. Landesentwicklungsplan (2013): Zentrale Orte und Verbünde.
- ²⁴ Siehe imreg (2018): Mittelschicht entlasten, Kernaufgaben meistern - zum sächsischen Doppelhaushalt 2019/2020, Ordnungspolitische Standpunkt, Oktober 2018.